

Und wenn ich höre, daß Abgeordnete dieses Hohen Hauses, ausgerechnet von der Seite der SPD, ein Urteil darüber abgeben, welche Fraktionen und welche Beiträge verzichtbar sind, dann wird mir angst und bange, weil ich dann die Privilegierten reden höre.

(Beifall bei der Opposition)

Privilegierte, die ihre Privilegierungen durch Sperrklauseln festzuschreiben gedenken.

Das gleiche gilt nun von dem wunderbaren „Huckepack“-Angebot. Ich kann nur sagen: Was haben Sie sich dabei eigentlich gedacht? Wir müssen doch daraus heraushören, so etwa wie: Die Bürgerbewegungen seien nicht gehfähig und müßten Huckepack genommen werden.

Aber an dieser Stelle muß ich mich selbst ermahnen. Hier ist genug gespaßt, meine Damen und Herren. In deutschen Landen steht man jetzt vor der entscheidenden politischen Frage: soll ein künftiges Parlament nur aus Parteien oder aus Parteien und Bürgerbewegungen bestehen? Ich bin der Meinung, wir alle hier sind überzeugt, es muß beides geben. Erstens, weil wir nicht den Terror der Straße gegen das Parlament haben wollen, und zweitens, weil wir im Herbst Erfahrungen gemacht haben, Erfahrungen, die in Polen, in der CSFR und in der Sowjetunion in wachsendem Maße gemacht werden, daß dort Parteien nicht funktionieren und man darum zu den Parteien - auf die ich keineswegs verzichten will - aber das neue demokratische Element der Bürgerbewegungen braucht.

Und diesem Element steht dieses Wahlrecht entgegen. Und nun ist noch - und das kann ich leider auch mit Blick auf die Regierungsbank nicht unerwähnt lassen - dieses Nachspiel dazugekommen, daß man einige Tage, nachdem dieser Wahlgesetzentwurf fertig war, gleich wieder gegen die Präambel, die man gerade geschrieben hat, verstieß, indem nach Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik festgelegten Zeitraum hätten die Wahlen stattzufinden. Jetzt wird uns plötzlich im Verlaufe weniger Tage gesagt, es habe sich alles derart geändert, daß man den Wahltermin vorziehen muß. Also, ich kann nur sagen: Diese Platte kenne ich schon. Sie wurde von dem famosen Herrn Teltschik aufgelegt an dem Wochenende in der Mitte des Februar, kurz vor dem Besuch der Regierung Modrow in Bonn. Da hörte man auf einmal aus Bonn, daß sich die Bürger in der DDR alle plötzlich entschlossen hätten und die Frage stellten: Na, ob wir denn noch bis zum 18. März kommen, das alles steht noch in Frage. - Jetzt hören wir auf einmal aus St. Gilgen, daß sich alles im Verlaufe weniger Tage geändert habe und man keine Zeit mehr habe bis zum 2. Dezember usw. usw. Ich kenne dieses Stück, und ich bin mißtrauisch, und ich kann Ihnen nur sagen: Wenn ich mit Leuten und Leute mit mir reden, dann sagen sie, wir haben es satt, wir gehen nicht mehr zur Wahl, wen sollen wir denn noch wählen? Die Partei, die uns diese Wirtschaftslage eingebracht hat, oder die anderen Parteien, die jetzt angesichts der Massenbankrotte, wo eben keine soziale Marktwirtschaft, sondern eine asoziale Bankrottwirtschaft betrieben wird, die sollen wir doch nicht etwa wählen? Wen denn dann? Und die Bürgerbewegungen sind zu schwach. Wir bleiben zu Hause. - Unsere gemeinsame Aufgabe ist, den Leuten Mut zu machen. Und ich denke, wir brauchen die Zeit bis zum 2. Dezember. Wo ist das Programm der Arbeitsbeschaffung, für das Frau Hildebrandt kämpft als Einzelkämpferin? Das ist doch unser aller Aufgabe.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, auf zwei Zwischenfragen einzugehen, die Herren stehen schon seit geraumer Zeit.).

Ich bin sofort fertig. Und dann antworte ich. - Also, ich will noch dieses sagen, um uns alle anzusprechen, weil wir hier alle klugen Gedanken brauchen. Wo ist das Konversionsprogramm für unsere kaputte Industrie? Es sind doch nicht einige, sondern es ist die Industrie kaputt. Und wo ist ein Programm für das Verkehrsnetz, das man braucht, damit nicht die Mauer an der Oder/Neiße aufgebaut wird, und die wird von vornherein nicht so fest

gezimmert werden können, wie einmal die Mauer in Berlin gewesen ist. Das sind die Aufgaben, die wir vor uns haben. Und ich möchte sehen, wer vor dem Dezember fertig ist mit vernünftigen Entwürfen, die man den Leuten zur Diskussion, und zwar nicht nur hier in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik, anbieten kann. Darum bin ich der Meinung, das Gesetz ist so, wie es vorliegt, nicht akzeptabel.

Meine Fraktion wird beantragen, daß erstens die Sperrklausel herauskommt, zweitens daß der Text ergänzt wird durch den folgenden: Die in Artikel 3, 21 und 38 des Grundgesetzes der Bundesrepublik für die Wahlen zum Bundestag festgelegten Grundsätze gelten auch für die Parteien und politischen Vereinigungen der DDR. Die DDR anerkennt insoweit die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes und unterwirft sich bereits vor dem Inkrafttreten des gesamten Grundgesetzes auf dem Gebiet der DDR dessen Rechtsprechung. - Dies ist unser Antrag. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß Sie dazu nicht nur zu lachen haben, daß Sie angesichts der großen politischen Aufgaben, sofern Sie im Verfassungsausschuß vertreten sind und auch darüber hinaus, daran arbeiten, daß wir wirklich demokratische, freie und gleiche Wahlen nach meinem Dafürhalten am 2. Dezember dieses Jahres bekommen.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Herr Abgeordneter Ullmann. Sind Sie bereit, auf eine Zwischenfrage einzugehen?

(Dr. Ullmann, Bündnis 90/Grüne: Ja.)

Bitte, Herr Thietz.

Thietz (Die Liberalen):

Herr Dr. Ullmann, wir haben nun aus guten Gründen und weil uns eigentlich kein anderer Weg übrig blieb, den Weg der Vereinigung nach Artikel 23 beschritten. Und nun ist es doch vermessen, anzunehmen, daß wir eine so grundsätzliche Forderung stellen können in diesem Einigungsprozeß, daß die Bundesrepublik mit einem wesentlich größeren Anteil vor Einwohnern - und wir treten eben nun einmal bei -, daß wir der Bundesrepublik jetzt hier diktieren können, daß sie die Sperrklausel abschafft. Das ist doch einfach unreal, auch wenn gute Gründe dafür sprechen würden. Aber das ist nicht realistisch.

(Zwischenrufe)

Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):

Herr Thietz! Diktieren können wir natürlich gar nichts. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Wortüber man reden muß, ist, was man tut, wenn man zwei so unterschiedliche Wahlgebiete hat. Darüber muß man reden.

(Thietz, Die Liberalen: Und da ist das Huckepackverfahren noch die beste Variante?)

Das ist ein Verfahren, da muß ich Ihnen drastisch antworten, das geht nicht gegen die Liberalen, die Leute wissen schon, wen ich meine, das ist ein Verfahren zur Destruktion der Bürgerbewegungen. Man will sie huckepack nehmen, aber politisch destruierten.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt inzwischen zwei weitere Anfragen. Sind Sie bereit, auch darauf zu antworten?